

Parlament nimmt Gegenvorschlag zur Wohnungsbauinitiative an

WÄDENSWIL Das Parlament folgte an der gestrigen Gemeinderatssitzung der Sachkommission und nahm deren Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Wohnen für alle» an.

Mit einer Fraktionserklärung begann gestern die Gemeinderatssitzung. «Der Finanzhaushalt droht aus den Fugen zu geraten», sagte Gemeinderat Thomas Koch (FDP). Diese Sorge teile die FDP mit der SVP, dem Bürgerlichen Forum Positives Wädenswil (BFPW), der CVP und der GLP. Koch gab im Namen der Fraktionen unmissverständlich zu Protokoll, dass sie einen allfälligen Antrag auf Steuerfusserhöhung nicht unterstützen. Auch werde ein solcher Antrag keine Mehrheit im Rat finden. Das gelte für das Budget 2016 und für die kommenden Jahre. Koch bezog sich auf die «unverhohlene» Forderung nach einer Steuerfusserhöhung der links-grün-evangelischen Parteien an der Rech-

nungssitzung vor zwei Wochen, welche diese in den Raum gestellt hätten.

Wohnbaupolitik ist wichtig

Gegen eine staatlich verordnete Wohnbaupolitik sprach sich gestern die Sachkommission aus. Die Volksinitiative «Wohnen für alle» erachtet sie als unrealistisch und sie hat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Dieser forciert statt einer städtisch verordneten Wohnraumpolitik den genossenschaftlichen Wohnungsbau auf der Basis der Kostenmiete.

Die Fraktionen vertraten den Standpunkt, dass die Initiative zu weit gehe. Insbesondere, dass sich die Stadt Wädenswil kraft eines neuen Artikels in der Gemeindeordnung aktiv für Schutz, Erhal-

tung und Erhöhung des Anteils an preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen einsetzen und dieser Anteil langfristig 20 Prozent erreichen soll, hielten die Parteien für realitätsfremd.

Stadtpräsident Philipp Kutter (CVP) verwies auf die Wohnbaustrategie, die der Stadtrat verfolgt, um dem Bedarf nach preisgünstigem Wohnraum entgegenzukommen. «Wohnbaupolitik ist ein wichtiges Thema», sagte Kutter, diese in der Gemeindeordnung zu verankern sei jedoch nicht sinnvoll. Würde man diese Türe aufstossen, müssten noch weitere Themen in die Gemeindeordnung aufgenommen werden.

«Der Gegenvorschlag der Sachkommission beinhaltet nicht das, was die Leute auf der Strasse unterschrieben haben», entgegnete Hansjörg Schmid (SP). Die SP halte weiterhin an der Initiative fest. Schliesslich lehnte das

Parlament die Volksinitiative ab und stimmte dem Gegenvorschlag der Sachkommission zu.

Postulat abgeschrieben

Dass fixe Zonen in Wädenswil definiert werden, wo Strassenmusikanten ohne Bewilligung auftreten dürfen, forderten die Grünen in ihrem Postulat. Die FDP bat jedoch den Stadtrat, das Postulat abzulehnen. «Im vorliegenden Postulat geht es weniger um die Förderung von Kunstdarbietungen im öffentlichen Raum», sagte Thomas Koch (FDP), «sondern vielmehr um neue Vorschriften und Regeln.» Künstler könnten heute bereits ihre Kunst darbieten. Bei einem Missbrauch der Aufführungsfreiheit greife die Polizeiverordnung. Mehr Vorschriften brauche es nicht, findet die FDP. Dieser Meinung schloss sich die Mehrheit des Parlaments an und lehnte das

Postulat der Grünen ab, womit dieses abgeschrieben ist.

Bereits für die diesjährige Budgetdebatte zum Tragen kommen soll die Motion der CVP/FDP/GLP/SVP/BFPW-Fraktionen. Diese fordern einen einheitlichen Voranschlag und eine einheitliche Rechnung an alle Gemeinderäte. «Die Aufgabe der Legislative ist es, das Budget und die Rechnung zu kontrollieren, anzupassen und zu genehmigen», sagte Pierre Rappazzo (GLP). Dies könne das Parlament nur seriös erledigen, wenn ihm die Details und die Hintergrundinformationen zur Verfügung stünden. Daher erklärten die Fraktionen die Motion für dringlich. Es gebe keinen Grund, welcher eine lange Bearbeitungszeit beim Stadtrat rechtfertigen würde. Die Motion wurde an den Stadtrat überwiesen und wird in der nächsten Sitzung behandelt.

Dorothea Uckelmann